



Ausschuss für Kommunalpolitik

136. Sitzung (öffentlich)

4. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:02 Uhr bis 15:10 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Andrea Wieck

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

7

- 1 Entwurf einer Verordnung zur Regelung des Wohnsitzes für anerkannte Flüchtlinge und Inhaberinnen und Inhaber bestimmter humanitärer Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung – AWoV)**

7

Vorlage 16/4239

Vorlage 16/4319

In Verbindung mit:

Auswirkungen der Präzisierung des Zugangs zu Sozialleistungen für EU-Ausländer auf die geplante Wohnsitzauflage für Nordrhein-Westfalen

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/4401

Die Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik zur Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung wird durchgeführt; der Bericht der Landesregierung wird zur Kenntnis genommen.

2	Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene	11
----------	--	-----------

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5474

Ausschussprotokoll 16/858

Der Gesetzentwurf verfällt gegen die Stimmen der PIRATEN mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen der Ablehnung.

3 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung 14

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12363

Ausschussprotokoll 16/1458

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage) wird mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN angenommen.

Dem Gesetzentwurf Drucksache 16/12363 in der durch den soeben beschlossenen Änderungsantrag veränderten Fassung wird mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN zugestimmt.

4 Härtefallzuweisungen an Kommunen im Jahr 2016 gemäß Gemeindefinanzierungsgesetz 18

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4404

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

5 Aktueller Sachstand beim Stärkungspakt Stadtfinanzen 19

Mündlicher Bericht der Landesregierung

Der mündliche Bericht der Landesregierung wird zur Kenntnis genommen.

6 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2017 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2017- GFG 2017) **23**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12502

In Verbindung mit:

Gesetz zur Errichtung einer dritten Stufe des Stärkungspakts

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 16/12785

Ausschussprotokoll 16/1461

Der Gesetzentwurf 16/12502 wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN mehrheitlich angenommen.

Der Gesetzentwurf 16/12785 wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN ebenfalls mehrheitlich angenommen.

7 Kommunale Steuererhöhungsspirale durch das Gemeindefinanzierungsgesetz nachhaltig stoppen 27

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13025

Der Antrag Drucksache 16/13025 wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt.

8 Gesetz zur Neuregelung des Gleichstellungsrechts 29

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12366
Ausschussprotokoll 16/1407

Der Ausschuss kommt daraufhin überein, kein Votum abzugeben.

9 Investitionsfähigkeit der Kommunen stärken 30

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13024

Der Ausschuss kommt überein, zum Antragsgegenstand eine Anhörung durchzuführen und die Ausgestaltung der Modalitäten den Obleuten zu übertragen.

10 Gewalt gegenüber Amts- und Mandatsträgern in Nordrhein-Westfalen 31

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4403

Der Bericht wird im Ausschuss zur Kenntnis genommen.

11 Aktuelle Zwischenbilanz zum kommunalen Investitions-Förderfonds in Nordrhein-Westfalen 32

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4408

Der Bericht wird im Ausschuss zur Kenntnis genommen.

12 Finanzielle Folgen der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs für die nordrhein-westfälischen Kommunen 33

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4402

Der Bericht wird im Ausschuss zur Kenntnis genommen.

13 Verschiedenes**34**

Der Ausschuss kommt überein, sich an der geplanten Anhörung des Innenausschusses am 24. November 2016 pflichtig zu beteiligen und die Obleuterunde mit der nachfolgenden terminlichen Planung zu beauftragen.

* * *

8 Gesetz zur Neuregelung des Gleichstellungsrechts

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12366

Ausschussprotokoll 16/1407

Vorsitzender Stefan Kämmerling erläutert, der Ausschuss für Kommunalpolitik beschäftige sich mitberatend mit diesem Gesetzentwurf; die Federführung habe das Plenum am 8. Juli 2016 dem Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation übertragen. Dieser habe zwischenzeitlich eine Anhörung von Sachverständigen durchgeführt, an der sich der Ausschuss für Kommunalpolitik nachrichtlich beteiligt habe. Das Sitzungsprotokoll liege vor.

Der federführende Ausschuss habe mitgeteilt, dass er seine Beratungen zu diesem Gesetzentwurf zeitnah abzuschließen gedenke, und daher um das Votum des Ausschusses für Kommunalpolitik gebeten.

Marie-Luise Fasse (CDU) vertritt die Auffassung, das geplante Gesetz verfehle seinen Zweck; statt zu mehr Frauenförderung führe es zu Rechtsunsicherheiten bis hin zur Verfassungswidrigkeit. Ihre Fraktion lehne den Gesetzentwurf daher ab.

Karin Schmitt-Promny (GRÜNE) hält die Überarbeitung des Landesgleichstellungsgesetzes für richtig und begrüßt die damit verbundene Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Förderung von Frauen in Führungspositionen. Sie merkt an, auch im politischen Raum, und zwar sowohl auf kommunaler wie auch auf Landesebene, sei ein höherer Anteil von Frauen in Entscheidungsfunktionen längst überfällig.

Mario Krüger (GRÜNE) teilt mit, nach seinen Informationen solle im federführenden Ausschuss noch ein Änderungsantrag eingebracht werden; er empfehle daher, heute kein Votum abzugeben.

Der Ausschuss kommt daraufhin überein, kein Votum abzugeben.

